

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Unterausschusses
Jugendhilfeplanung am 14.02.2017
*öffentlich***

Ort: Stadthaus
Kleiner Saal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:05 Uhr bis 17:37 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Herr Uwe Kramer	Ausschussvorsitzenden stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Herr Clemens Raudith	JFZ St.Georgen e.V. <i>Vertretung für Frau Köferstein</i>
Frau Petra Tomczyk-Radj	stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss <i>Vertretung für Frau Wießner</i>
Frau Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Frau Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Verwaltung

Claudia Schröder	amtierende Fachbereichsleiterin Bildung
Uwe Weiske	Sozialplaner
Christian Deckert	Jugendhilfeplaner
René Lukas	Stellv. Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Frau Kerstin Köferstein	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss <i>Vertretung durch Herrn Raudith</i>
Frau Heike Wießner	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss <i>Vertretung durch Frau Tomczyk-Radj</i>
Frau Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Sylvia Plättner	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Kramer**, eröffnete die öffentliche Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

Herr Kramer begrüßte die amtierende Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Bildung, Frau Schröder.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Kramer bat darum, dass der TOP

8.1. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation

aus zeitlichen Gründen vor den TOP 4 vorgezogen wird. Dazu gab es keinen Widerspruch.

Weitergehend sprach er an, dass der TOP

3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 17.01.2017
vertagt wird.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung, so dass **Herr Kramer** die geänderte Tagesordnung abstimmen ließ.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Die geänderte Tagesordnung wurde festgestellt.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
 - 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 06.12.2016
 - 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 17.01.2017 **vertagt**
- 8.1. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation
4. Beratung zur Weiterarbeit der Arbeitsgemeinschaften nach §78 SGB VIII
 - 4.1. Beratung Themenbereiche der Befragung 2018
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
 - 8.2. Abgleich Jugendhilfeteilplan §§ 11 ff SGB VIII und geförderte bzw. vom öffentlichen Träger vorgehaltene Angebote ab 2017 ff
 - 8.3. Themenausblick
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 06.12.2016

Frau Tomczyk-Radji fragte nach dem Ergebnis der Anregung aus dieser Sitzung, dass die Verbindung zum Kinder- und Jugendrat hergestellt werden sollte.

Herr Kramer antwortete, dass er diese Anregung aufgenommen hatte, aus zeitlichen Gründen ihm die Kontaktaufnahme noch nicht möglich war und er da dran bleibt.

Es gab keine Änderungswünsche zur Niederschrift vom 06.12.2016, so dass **Herr Kramer** zur Abstimmung aufrief.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 8.1 Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation

Herr Kramer sprach an, dass der Unterausschuss Jugendhilfeplanung sich aus planerischen Gründen mit der Situation der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten beschäftigt, um nach den Bedarfen zu schauen.

Herr Menzel informierte die Mitglieder über die aktuelle Flüchtlingssituation. Er gab an, dass es zur Zeit 165 unbegleitete minderjährige Ausländer, darunter fallen Kinder und Jugendliche und junge Erwachsene, gibt.

Er ging kurz auf die 24 „Altfälle“ ein, die vor dem November 2015 in die Stadt Halle (Saale) gekommen sind.

Unter den 165 unbegleiteten minderjährigen Ausländern (umA) befinden sich 10 weibliche und 155 männliche umA. Der Altersdurchschnitt liegt überwiegend zwischen 17 und 18 Jahren, dies betrifft 71 umA's. Im Erwachsenenbereich, also von 18 bis 21 Jahren, sind 43 Personen da. In der Altersgruppe der 15 bis 16-jährigen sind 45 und bei den 0 bis 12-jährigen sind zwei und bei den 13 bis 14-jährigen sind vier Jugendliche dabei.

Herr Menzel wies auf eine Veränderung hin. Ein Jugendhilfeträger ist hinzugekommen, welcher eine stationäre Einrichtung in der Trothaer Straße aufgemacht hat und diese aktuell mit 11 Plätzen belegt ist. Dadurch erfolgte eine Entlastung der Clearingstellen.

Die wöchentliche Meldung an das Landesjugendamt zu freien Plätzen erfolgt nach wie vor.

Innerhalb von Halle (Saale) sind 131 Jugendliche untergebracht bzw. befinden sich in einer Form der Jugendhilfe; bspw. in Einzelfallhilfe oder familienunterstützend wird Hilfe in der Herkunftsfamilie geleistet. 32 Kinder und Jugendliche sind außerhalb der Stadt in stationären Einrichtungen untergebracht.

Die Anzahl der Herkunftsländer hat sich auf 17 erhöht, wobei der überwiegende Teil nach wie vor aus Afghanistan kommt, wo es sich um 77 umA's handelt und an zweiter Stelle steht Syrien.

Frau Haupt fragte, ob Mädchen mit Kindern dabei sind.

Herr Menzel antwortete, dass es zwei Mädchen mit Kindern gibt, welche auch weiterhin in Betreuung sind.

Frau Haupt fragte nach den Trägern der halleschen Clearingstellen.

Herr Menzel teilte mit, dass das DRK in Nietleben und die Caritas in der Merseburger Straße entsprechende Einrichtungen betreiben.

Frau Haupt wollte wissen, ob die auswärts untergebrachten umA's zur Stadt dazugehören und ob freie Träger der Jugendhilfe die Betreuung übernommen haben.

Herr Menzel erklärte, dass relativ viele Kinder und Jugendliche, in Magdeburg bzw. Umland untergebracht worden sind, konkret beim Heimverbund „MiTTeNDRiN“ GmbH und dem Jugendhilfeverbund Magdeburg GmbH.

Frau Haupt fragte, ob die auswärts untergebrachten Kinder alle in Magdeburg sind und zu den „Altfällen“ gehören.

Herr Menzel erläuterte, dass im November 2015 und nachfolgend für 132 Plätze keine entsprechenden Angebote in Halle vorhanden waren. Deswegen wurden 2015 und 2016 auch auswärtige Plätze belegt. Außer in Magdeburg wurden auch in Oschatz und in Thüringen Kinder und Jugendliche stationär untergebracht.

Durch **Frau Haupt** wurde nachgefragt, ob die Stadt Halle (Saale) diese Unterkünfte bezahlt, aber die Betreuung sozusagen „abgibt“.

Herr Menzel antwortete, dass der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) der Stadt Halle (Saale) für jeden zugewiesenen jungen Menschen kosten- und falltechnisch zuständig ist und nach einer geeigneten Unterbringungseinrichtung suchen muss.

Viele umA wurden beim Heimverbund „MiTTeNDRiN“ GmbH untergebracht. Der Dienstleister ist in dem Moment der Träger, bei dem diese jungen Menschen untergebracht worden sind.

Frau Tomczyk-Radji fragte zur Situation der Familienpatenschaften nach, da 132 Jugendliche innerhalb der Stadt untergebracht wurden.

Herr Menzel erläuterte, dass sich die Jugendlichen in einer Maßnahme der Jugendhilfe befinden. Der überwiegende Teil ist in stationären Einrichtungen untergebracht. Es gibt 14 Träger, die entsprechende Angebote in Halle (Saale) haben; der geringste Teil ist in seiner Herkunftsfamilie, weil es diese nicht im klassischen Sinn gibt.

Es gibt eine Fallkonstellation, wo ein Mädchen in einer Pflegefamilie untergebracht ist. Das Modell „Familienpatenschaft“ gibt es ansonsten nicht.

Frau Dr. Schöps fragte, ob bekannt ist, wie viele Kinder und Jugendliche traumatisiert sind oder andere psychische Beeinträchtigungen haben. Ist bei diesen psychologische Hilfe abgesichert? Gibt es signifikante Probleme mit Schulbesuchen und Ausbildungen der umA's?

Herr Menzel antwortete, dass er über keine feste Prozentzahl traumatisierter umA's verfügt. Der Bedarf ist vorhanden, das wird auch aus den Wohngruppen in Bezug auf psychologische und therapeutische Betreuung signalisiert. Dazu gibt es auch einen regen Austausch mit den niedergelassenen Therapeuten und der Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP). Die KJP wird

ab März eine monatliche Sprechstunde oder einen Sprechtag einführen, wo die Betreuer/Begleiter eine Erstkonsultation mit den Jugendlichen vornehmen können.

Er teilte in Bezug auf die Frage zum Schulbesuch mit, dass die allgemeine Schulpflicht besteht. Die umA's, die beim ASD in der Betreuung sind, werden nach der Zuweisung oder Verteilung beim Landesschulamt angemeldet und werden in die Schule integriert. Es gibt hier die typischen Probleme, die generell bei Jugendlichen auftreten, so dass auch mal eine Schulbummelei zu verzeichnen ist. Der Großteil geht aber regelmäßig zur Schule.

Herr Kramer wollte wissen, wie jetzt mit dem monatlichen Bericht weiter verfahren werden soll. Vierteljährlich erfolgt ein Bericht im Jugendhilfeausschuss. Soll das im Unterausschuss fortgeführt werden, da es hier auch um Zeitressourcen geht? Er bat die Mitglieder um deren Meinungsäußerung.

Herr Deckert ergänzte, dass sich der Unterausschuss mit der Planung zu beschäftigen hat. Es gibt, außer dem Bericht, keine planungsrelevanten Themen HZE/unbegleitete minderjährige Ausländer. Wie kann es gehandhabt werden, dass der Aufwand vertretbar ist? Er wies auf die vierteljährliche Berichterstattung zu dem Thema im zuständigen Jugendhilfeausschuss hin, welcher zur Situation von Jugendlichen diskutieren kann.

Frau Haupt sprach an, dass sich durch die sich entspannende Situation der vierteljährliche Bericht im Jugendhilfeausschuss für ausreichend gehalten wird. Falls sich entscheidend an der Situation etwas ändern sollte, erwartet sie auch in diesem Ausschuss eine Information. Sie bat darum, dass der Bericht in Session im Jugendhilfeausschuss (JHA) dann hinterlegt wird, damit auch andere Stadträte darauf zugreifen können.

Frau Tomczyk-Radji schloss sich der Meinung von Frau Haupt an.

Herr Hopfgarten schloss sich der vorgeschlagenen Verfahrensweise seiner Vorrednerinnen an, damit die Zeitressourcen für andere wichtige Dinge genutzt werden können.

Frau Haupt regte an, dass überlegt werden sollte, wie der Bericht im Jugendhilfeausschuss zukünftig gestaltet werden soll, d. h. welche Kriterien dort mit aufgenommen werden sollen.

Herr Kramer sprach an, dass beim Bericht im Jugendhilfeausschuss, bei den Zahlen, die sich ständig ändern, immer der „Stand vom...“ darunter vermerkt werden sollte, damit dies nachvollziehbar bleibt.

Frau Haupt regte an, dass im Bericht auch die Träger der Einrichtungen bzw. neu hinzugekommene Träger mit vermerkt und auch Hinweise zum Personal gegeben werden sollten, ob dieses ausreichend zur Verfügung steht.

Herr Kramer stellte fest, dass Übereinstimmung dazu besteht, im Jugendhilfeausschuss vierteljährlich diesen Bericht zu hören und nur bei entscheidend sich verändernden Aspekten zur Situation im Unterausschuss informiert wird.

Herr Menzel informierte abschließend zu den Trägern der Einrichtungen, bei denen die unbegleiteten minderjährigen Kinder und Jugendlichen untergebracht sind:

AWO Erziehungshilfe Halle/Saale gGmbH, DRK-Kreisverband Halle-Saalkreis-Mansfelder Land e.V., Clara Zetkin e.V., JFZ St. Georgen e.V., Outlaw gG für Kinder- und Jugendhilfe mbH, Internationaler Bund Mitte GmbH, Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ Halle-Saalekreis e.V., ASB LV Sachsen-Anhalt e.V., Volkssolidarität Saale Kyffhäuser e.V.- Niederlassung Bauhof,

TWSD, Caritas RV Halle (Saale) e.V., Evangelische Stadtmission Halle EingliederungshilfegmbH, 8MHorizontgUG. Der neue Träger ist die GbR Projekt-service aus Lutherstadt Eisleben, die auch in Sangerhausen über entsprechende Erfahrungen im stationären Bereich verfügen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 4 Beratung zur Weiterarbeit der Arbeitsgemeinschaften nach §78 SGB VIII

zu 4.1 Beratung Themenbereiche der Befragung 2018

Herr Deckert führte in den Themenbereich ein.

Am 17.05.2016 gab es im Jugendhilfeausschuss eine Anfrage von Herrn Kramer zu den Planungs- und Prüfaufträgen, worauf die Verwaltung geantwortet hatte. Es wurde geantwortet, dass eine repräsentative gesamtstädtische Interessensbefragung zu den Bedarfslagen und Interessen junger Menschen durchgeführt werden soll und die finanziellen Mittel sollten für 2017/18 eingeplant werden. Er wies darauf hin, dass die Befragung im Jahr 2018 durchgeführt wird. Die Frage ist, was alles in der Befragung enthalten sein soll.

Herr Deckert wollte wissen, was von Interesse für eine o.g. Befragung wäre, um aufgenommen zu werden. Was soll Inhalt und Ziel sein? Er schlug ein Brainstorming vor.

Herr Kramer gab einige Stichworte vor: Wie nutzen die Kinder und Jugendlichen die vorgehaltenen Angebote? Wie ist die Nutzung und Zufriedenheit von öffentlichen Verkehrsmitteln durch Kinder und Jugendliche – Mobilität im öffentlichen Raum.

Herr Hopfgarten sprach an, dass wichtig ist, wer befragt werden soll. Sind es die Jugendlichen oder ist es die Bevölkerung der Stadt Halle (Saale), die auch interessiert wäre, von den Angeboten der Stadt zu erfahren.

Herr Deckert antwortete, dass die Interessen und Bedarfslagen junger Menschen für den Bereich der Jugendhilfe in Erfahrung gebracht werden sollen.

Herr Weiske wies daraufhin, dass es zur Jugendhilfeplanung 2015 eine Beschlusslage gab, dass eine Kinder- und Jugendbefragung gemacht werden soll. Es sollen Dinge in Erfahrung gebracht werden, die die Jugendhilfeplanung neu ausrichten kann. Deswegen die Frage, was wir wissen wollen.

Die Mitglieder beteiligten sich am Brainstorming und die Ergebnisse wurden gemischt verteilt und vorgetragen.

Zusammenfassung:

Was sollte die Stadt Halle mehr oder anders für Jugendliche und Kinder machen?

Was macht Halle für Jugendliche attraktiv?

Wie kann ich als Jugendlicher Einfluss auf die Stadt nehmen?

Wie viel Geld wird für Freizeit ausgegeben?

Allgemeine Fragen zum Verhalten und zur Struktur

Sollte es mehr Ganztagschulen geben?

Freizeitverhalten, Freizeitinteressen? Sport- Kultur- Begegnung?
Wo sind die Orte und Plätze zur Freizeitgestaltung?
Fragen zu Angeboten (und -formen)
Mit wem möchtest du deine Freizeit verbringen?
Wer geht in öffentliche Clubs (Alter; soziale Schicht; Geld)?
Welche Freizeitangebote nutzt du häufig/oft/sporadisch?
Welche Freizeitangebote wünschst du dir?
Soll es thematische oder nur offene Angebote in Jugendfreizeiteinrichtungen geben?
Interessieren dich die Angebote? Hast du diese schon mal genutzt? Wenn ja, was hat dir besonders gefallen/missfallen?
Bevorzugte Öffnungszeiten in Jugendfreizeiteinrichtungen nach der Schule und am Wochenende?
Wo/womit verbringst du deine Freizeit? Sind dir JFE bekannt und wenn ja, welche? Weißt du welche Angebote es dort gibt?

Welche Angebote fehlen?
Welche Angebote gibt es?
Sind die vorhandenen Angebote ausreichend?
Soll es thematische Angebote geben oder nur offene?
Gibt es Lieblingssportarten? Sind diese ausreichend?

Welche Beratungsangebote wurden genutzt – regelmäßig/ in den letzten 12 Monaten?
Welche Beratungsangebote fehlen?

Können öffentliche Verkehrsmittel genutzt werden? Welche anderen nutzt du?
Ist das Angebot des ÖPNV nachts bedarfsdeckend?
Welche Kultureinrichtungen interessieren dich besonders und warum?
Wie zufrieden bist du mit der Mobilität für Kinder und Jugendliche?

Angebote/Nutzung von Spielplätzen?

Hältst du dich gern auf dem Schulgelände auf und warum?

Achtsamkeit, Wertevorstellung, Sehnsüchte

Anspruchsdenken, Zielorientierung, Wege, sind Leitfiguren da?

Gesellschaftliche Teilhabe: Ansprechpartner, Wunsch nach Mitbestimmung

Zufriedenheit in Familie, Schule, Freundeskreis

Sind Vorbilder vorhanden?

Weiterführung ausgewählter Daten der 1. Studie, z. B. Taschengeld, Zeitbudget

Herr Kramer fragte, wie man diese Fragen in den Prozess einspielen kann, welchen Weg sollte man gehen?

Herr Deckert wies darauf hin, dass es heute der Auftakt ist, um die Mitglieder dafür zu sensibilisieren. Die Verwaltung schaut sich die Ergebnisse an und wird Vorschläge unterbreiten. Eventuell gibt es auch etwas, was noch nicht mit bedacht worden ist. Die Verwaltung wird eine wissenschaftlich versierte Einrichtung mit der Erarbeitung der Befragung beauftragen, damit die Fragen dann auch herausgegeben werden können.

Herr Weiske sprach an, dass die Verwaltung keine wissenschaftliche Studie betreiben will. Es muss überlegt werden, was wir von den Kindern und Jugendlichen der Stadt Halle (Saale) wissen wollen; wo gibt es vorgefertigte Meinungen, die nicht stimmen und was haben die Antworten für eine Konsequenz auf unsere Jugendhilfeplanung? Was muss anders oder weitergemacht werden, was soll verändert werden, welche Prioritäten werden gesetzt?

Er ging auf die vorangegangene Situation hinsichtlich der verschiedenen Angebote über die Jahre hinaus ein. Es soll nicht auf Fachartikel eingegangen werden, sondern speziell auf die Situation in der Stadt Halle (Saale). Die Frage ist, was brauchen unsere Jugendlichen von Seiten der Jugendhilfe im Bereich § 11 bis § 13 SGB VIII.

Frau Haupt sprach an, dass sie in ihrer Fraktion dazu auch ein Brainstorming machen und die Ergebnisse dann weitergeben wird. Sie regte an, dass der Kinder- und Jugendrat hier mit einbezogen wird.

Frau Dr. Schöps sprach an, dass das Leben nicht nur aus Freizeit, sondern auch aus der Schulpflicht besteht. Es könnte auch Fragen geben wie: Wie oft schwänzt du die Schule (täglich/monatlich/1x im Jahr)? Wie oft möchtest du die Schule schwänzen? Was möchtest du stattdessen tun?

Herr Kramer sprach an, dass erstmal alles in Betracht gezogen werden kann, da hier erst der Anfang gemacht wird. Das Ziel sollte sein, dass das Ganze in eine Jugendhilfeplanung 2019 einmündet. Bis dahin ist auch klar, was an Rückmeldungen zu den Fragen eingegangen ist und welche Bedarfe gesehen werden. Schulsozialarbeit spielt hier auch eine Rolle, worunter die Fragen von Frau Dr. Schöps fallen würden.

Es muss zuerst ein Zeitraster erstellt werden, was wann passieren soll (wann soll die Ausschreibung fertig sein; wie sollen die Beteiligungsprozesse sein etc.).

Herr Hopfgarten sprach an, dass zu klären wäre, ob es eine Querschnittsstudie oder eine Längsschnittstudie sein soll. Die Population müsste festgestellt und eingegrenzt werden (wer soll befragt werden?). Wenn Einzelbefragungen gemacht werden sollen, kann nicht der Kinder- und Jugendrat mit einbezogen werden. Da müsste man überlegen, in welcher Form man dies macht.

Herr Kramer bestätigte dies aus seiner Erfahrung aus der 1. Studie heraus. Damals war auch die Frage: Wen befrage ich eigentlich und wie komme ich an diese heran? Soll über die Schulen gegangen werden etc. Jetzt ist erstmal eine Richtung vorgegeben.

Herr Deckert sprach an, dass er sich verschiedene Studien in Bezug auf die Inhaltsverzeichnisse angeschaut hat. In der Jenaer Kinder- und Jugendstudie 2014 stehen Fragestellungen zu dem Thema. Rostock hat da auch eine entsprechende Befragung gemacht. Und es die große Sinusstudie dazu etc.

Herr Kramer verwies darauf, dass die Sinus-Studie im Netz steht. Er machte deutlich, dass auf die Gegebenheiten in der Stadt Halle (Saale) eingegangen werden sollte und sich die entsprechenden Berichte aus der Stadt zu Kindern und Jugendlichen angesehen werden können. Die Frage ist doch, was die Stadt Halle (Saale) ausmacht.

Er fragte die Verwaltung, wann diese im Unterausschuss einen Zeitplan vorstellen kann, was wann wohin gehen soll; bis wann die Finanzierung steht und die Ausschreibung erfolgen soll etc.

Herr Deckert antwortete, dass momentan noch nicht eingeschätzt werden kann, wie schnell man da vorankommen kann.

Herr Kramer bat darum, dass zur nächsten Sitzung ein Zeitplan vorgestellt werden sollte, damit sich die Mitglieder damit auseinandersetzen können, selbst wenn das eine oder andere sich dann noch verschieben sollte.

Herr Weiske appellierte an die Stadträte, sich hieran mit zu beteiligen. Es muss angefangen werden, eine Verabredung zu treffen, was für Fragen mit berücksichtigt werden sollen. Es muss klar werden, warum und wofür diese Befragung benötigt wird.

Dann werden noch wissenschaftliche Meinungen eingeholt, um die Ausschreibung entsprechend vorbereiten zu können. Die Befragung wird dann 2018 durchgeführt.

Frau Tomczyk-Radji sprach an, dass es bestimmte Reflektionen geben muss, was die Stadt Halle (Saale) schon alles hat, wie bspw. den Eissport. Sie unterstützte das Anliegen von Herrn Kramer, sich hierbei ausschließlich auf Halle zu konzentrieren.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 5 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.2 Abgleich Jugendhilfeplan §§ 11 ff SGB VIII und geförderte bzw. vom öffentlichen Träger vorgehaltene Angebote ab 2017 ff

Herr Deckert verwies auf die beschlossene Jugendhilfeplanung und darauf, dass es zwischenzeitlich auch Weiterentwicklungen gab.

Er stellte den Abgleich der beschlossenen Jugendhilfeplanung und den jetzigen Stand der Umsetzung anhand einer Präsentation vor.

Herr Deckert sprach u.a. an, dass ca. 120 Stellen in verschiedenen Einrichtungen der Stadt Halle (Saale) bestehen. Diese Stellenanzahl hängt auch damit zusammen, dass derzeit einige neue Projekte laufen.

Es gibt noch einige offene Sachen, u. a. muss zur Schulsozialarbeit noch einiges angeschaut und geprüft werden.

Herr Kramer wies darauf hin, dass die 120 Stellen nicht alle durch die Stadt Halle (Saale) finanziert werden. Diese Stellen können auch wegbrechen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 8.3 Themenausblick

Herr Deckert stellte den aktuellen Themenspeicher vor.

Dieser ist in Session hinterlegt.

Herr Deckert wies darauf hin, dass es momentan für Mai noch keine Themen gibt.

Herr Kramer sprach an, dass nächstes Jahr die Leistungsbeschreibung I A aus dem Bereich rausgeht. Dies möchte er als Thema anmelden, da hier die Frage ist, wie damit umgegangen wird und der Stand in Bezug auf Kita ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Es gab keine mündlichen Anfragen.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Kramer beendete den öffentlichen Teil und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Uwe Kramer
Ausschussvorsitzender

René Lukas
stellv. Protokollführer